

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 5 mal. Bezugspreis: monatlich 1.60 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenspreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamzeile 45 Goldpfennige. Die Zeitung infolge Höherer Gewalt ab. Verlagsleitung besteht sein Anspruch auf Befreiung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 6780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 28

Altensteig, Donnerstag den 4. Februar

1926

Kompromiß zur Fürstenabfindung

Dem Rechtsausschuß des Reichstags ist als Ergebnis der Kompromißverhandlungen zwischen den Regierungsparteien ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, dessen Wortlaut teilweise schon wiedergegeben wurde. Er hält eine mittlere Linie ein, auf der sich vorläufig Zentrum, Demokraten, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei sowie auch die Wirtschaftliche Vereinigung zusammengesunden haben. Dieser neue Gesetzentwurf soll an die Stelle des demokratischen Antrags treten. Gegenüber dem letzten Rechtszustand stellt dieser Entwurf einen sehr erheblichen Fortschritt dar. Nach diesem Entwurf soll ein Reichslandgericht gebildet werden. Es hat seinen Sitz in Leipzig und steht unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten, ist aber nicht dem Reichsgericht angeschlossen. Nicht zuständig ist es für Auseinandersetzungen, die bereits durch Urteile oder Vergleichsvollständig erledigt sind. Im übrigen nimmt es die Auseinandersetzungen nicht nach den bestehenden Rechts- und Eigentumsverhältnissen, sondern nach Billigkeit vor. Für diese Billigkeitsentscheidungen sind im Paragraph 5 sehr beachtenswerte Richtlinien gezogen. Im Paragraph 6 wird dann besonders bestimmt, daß die Mitglieder der ehemaligen Fürstentümer die ihnen zustehenden Gelder nicht zu politischen Zwecken verwenden dürfen. Bei Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot können die Zahlungen einbehalten oder zurückgefordert werden.

Aus den Richtlinien ist hervorzuhoben: Bei der Zuteilung von Land- und Forstbesitz an die normals regierenden Häuser sind die Größe des Landes und seine staatlichen Notwendigkeiten — Siedlungsmöglichkeiten, Städteverbreitungen, Schaffung von Arbeitsplätzen und dergleichen — auszusagen. Bei einer Verpfändung der den Fürstentümern zugehörigen Vermögensstücke, Kapitalien oder Renten ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien zu berücksichtigen. Hierbei soll einerseits durch Zuweisung aus der Masse der vorhandenen Vermögenswerte den normals regierenden Häusern eine würdige Lebenshaltung gewährleistet, andererseits aber berücksichtigt werden, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und der Nachkriegszeit eine gegenüber den früheren Verhältnissen sehr wesentlich veränderte ist, und daß die Ausgaben in diesem Zusammenhang sind, die den normals regierenden Fürstentümern früher dadurch erwachsen sind, daß sie Träger der Staatsgewalt waren. (Repräsentationspflichten fallen weg.)

Bei der Aufwertung von Ansprüchen hat das Aufwertungsgericht mit der Maßgabe Anwendung zu finden, daß für Ansprüche auf Kapitalabfindungen, die für die Uebertragung von Gebäuden oder Grundstücken an ein Land den früheren regierenden Fürstentümern zugestanden sind, die für die Aufwertung von hypothekarisch gesicherten Kaufverträgen maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen auch dann Platz greifen, wenn die Ansprüche auf Kapitalabfindungen hypothekarisch nicht gesichert sind. Wenn durch Spruch des Reichslandgerichts oder in einem vor dem Reichslandgericht abgetragenen Verfahren ein Land zur Zahlung von Kapitalien oder Renten verpflichtet wird, so ist die einmündigere Partei verpflichtet, diesen Betrag oder ihre Erträge bis zum Ablauf von 1950 nur für die privatrechtlichen Bedürfnisse der normals regierenden Häuser oder zu wohltätigen oder zu kulturellen Zwecken zu verwenden. Die Verwendung eines ausgesetzten Betrages ins Ausland ist nur mit Genehmigung des Landes zulässig. Bei Zuwiderhandlung gegen diese Anordnung kann das Land eine zu zahlende Rente oder ein zu zahlendes Kapital ganz oder teilweise zurückfordern. Ueber Einzeligkeiten hierüber entscheidet das Reichslandgericht. Ein zwischen den Parteien beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehender Schiedsvertrag, hindert die Annahme des Reichslandgerichts nicht. Das Reichslandgericht hat zunächst einen schlichter Ausgleich zu versuchen. Im übrigen bestimmt es sein Verfahren nach freiem Ermessen. Es kann Beweise erheben und Gerichte um Rechtshilfe ersuchen. Die Entscheidungen des Reichslandgerichts sind nach Maßgabe der Vorschriften vollstreckbar, die für die in bürgerlichen Rechtsverhältnissen ersagene Urteile der ordentlichen Gerichte gelten.

Keine Kriegsgefangenen mehr zurückgehalten

Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte bei der Weiterberatung des Außenministeriums Staatssekretär v. Schubert auf die Anfrage, wie viele deutsche Kriegsgefangene noch in Frankreich und Rußland zurückgehalten werden: In französischen Händen befindet sich nach vorläufigen Ermittlungen nur noch ein deutscher Kriegsgefangener namens Döppe, der vor Friedensschluß von einem französischen Kriegsgericht wegen Raubmordes an zwei Zivilisten zum Tode verurteilt worden war. Gegen das Urteil sind offenbar Bedenken nicht zu erheben. Döppe ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden. Ein jedoch eingekerkertes Angehöriger der Mutter Döppes wird der französischen Regierung beizubehalten weitergegeben. Die Meinung, als befänden sich noch zahlreiche Kriegsgefangene in französischen Händen, geht darauf zurück, daß die Zahl der Vermissten sehr hoch ist und häufig von Betrügern, deren Angehörigen vertrie-

gelt wird, daß sie mit der Uebermittlung von Nachrichten eines heimlich zurückgehaltenen Verwandten beauftragt seien. Bisher hat sich noch nichts ergeben, daß es sich dabei um Betrügereien handelt.

Wie viele deutsche Kriegsgefangene sich noch in Rußland befinden, darüber ist die Ermittlungstätigkeit unserer Vertretungen noch nicht abgeschlossen. Seitens der Botschaft in Moskau und aller Konsulate sind die umfassendsten Maßnahmen getroffen, um die Kriegsgefangenen zu ermitteln und heimzuführen, wobei die Sowjetbehörden bereitwillig Unterstützung gewähren. Man kann sagen, daß die Möglichkeit, auf Reichsflotten heimzuführen zu werden, jetzt jedem Kriegsgefangenen bekannt ist und daß diejenigen, die sich noch in Rußland aufhalten, dort bleiben wollen. Unter diesen sind Leute, die trotz aller Bitten ihrer Angehörigen (Frauen und Kinder) von der Heimführungsmöglichkeit keinen Gebrauch machen wollen. In einzelnen Fällen haben Gefangene sogar jeden Schriftwechsel mit dem Konsulat abgelehnt. Hiernach läßt sich unheimlich kaum noch ein Kriegsgefangener in Rußland auf. Die Zahl der Kriegsgefangenen, die freiwillig in Rußland geblieben sind, läßt sich nicht angeben.

Aus der französischen Kammer

Paris, 3. Febr. Die Kammer hat mit 325 gegen 200 Stimmen beschlossen, nicht wie Doumer es verlangte, in der ordnungsmäßigen Reihenfolge die Artikel des Finanzentwurfes des Kartells zu beraten, sondern mit dem dritten Abschnitt zu beginnen, der sich mit demjenigen, der sich auf die Ordnung der unmittelbaren Steuern bezieht. Briand hatte selbst in die Erörterung eingegriffen, aber nicht die Vertrauensfrage gestellt und es der Mehrheit der Kammer überlassen, einen Beschluß in ihrem Sinne zu fassen. Damit ist ein Sieg des Linksblocks über Doumer festzustellen. Doumer wird dem Finanzausschuß den neuen Wortlaut seines Kompromißvorschlages vorlegen.

Eine Kammerrede Briands findet im allgemeinen in der Morgenpresse Zustimmung. Man erkennt den Willen des Ministerpräsidenten an, im Interesse des Landes und der Staatsfinanzen die Parteien miteinander zu versöhnen und so schnell wie möglich die zur Wiedererrichtung der Finanzen erforderlichen Mittel von der Kammer demittelt zu erhalten, gleichviel, welcher Herkunft die Mittel auch sein mögen.

Aus dem englischen Parlament

London, 3. Febr. Im Unterhause begann die Aussprache über die Thronrede. Für die Konservativen sprach Hurst, der darauf hinwies, daß die meisten Fragen, die der König berührt hätte, sehr von Parteipolitik hängen. Die wirtschaftliche Erschließung Ostafrikas, das Stellenweise zu den besten Baumwollgebieten der Erde gemacht werden könne, bejäherte die Konservativ Partei. Die Regierungspolitik sei wirkungslos und durchgreifend. Der Arbeiterführer Clones kritisierte an der Thronrede Mangel an echter Würdigung der sozialen und wirtschaftlichen Räte, denen das Land gegenüberstehe. In der Kohlenkrise würden alle Beteiligten für eine friedliche Regelung eintreten. Lloyd-George begrüßte die Kolonialsekretär Amers zu seiner Staatspolitik, bei der England seine Ehrenpflicht gegenüber dem Irak erfüllt habe. Der Hauptwert von Socarno liege in der Aufstellung der Abrißstrategie. Er treue sich über den Ernst und den Mut des Außenministers, der die Entwaffnungsfrage endlich ihrer Klärung entgegenführe. In der italienischen Schuldenfrage sei auf die englischen Steuerzahler nicht hinreichend Rücksicht genommen worden. Minister Baldwin eröffnete seine Rede mit der Mitteilung über den Ausschub der vorbereitenden Konferenz für die Abrüstung. Besänftlich der geplanten Konferenz über die Weltzeit erklärte er, das beste Mittel zur Beseitigung der Arbeitsverhältnisse würde die Uebereinstimmung der Arbeitszeit in den wichtigsten Ländern sein. Großbritannien könne die Washingtoner Abmachung über den Währungsstand aber nicht bekräftigen, bevor es sicher sei, daß alle Beteiligten in ihrer Auslegung übereinstimmen. Die Unterstützungen an den Kohlenbergbau würden sich bis zum Mai beträchtlich vermindern; die Aufwendungen im Dezember dürften den Höhepunkt dargestellt haben. Ueber die Regelung der Schulden erklärte Baldwin, Amerika würde eine Streichung sämtlicher Kriegsschulden niemals zustimmen haben. Bei Italien sei Rücksicht genommen worden auf seine Zahlungsfähigkeit, auf die italienischen Zahlungen an Amerika und auf die Freundschaft zwischen England und Italien. Er betraute die getrocknete Regelung als recht und billig.

Das Oberhaus nahm die Antwortadresse auf die Thronrede an. Im Verlauf der vorzunehmenden Aussprache sagte Lord Salisbury im Namen der Regierung, die Außenpolitik der Regierung sei eine aufrichtige Politik des Ausgleichs der Gegensätze und der Versöhnung. Der Liberale Lord Beauchamp forderte die Regierung auf, zu erwägen, ob nicht eine Verkürzung der im Verlaufe des Jahres vorgesehener Fiskusprovisionen möglich sei. Es sei schwer einzusehen, welchen Vorteil man gewinne, wenn Deutschland in den Völkerverbund eintrete, während die Belastung noch fortbauere und sei es auch nur in kleinerem und vermindertem Maßstab. Er hoffe, die Regierung werde diese Frage in Erwägung ziehen.

Neues vom Tage.

Vom Auswärtigen Ausschuh

Berlin, 3. Febr. Der Auswärtige Ausschuh des Reichstags ist am Mittwoch vormittag zusammengetreten, um einen Bericht des Reichsaussenministers über den Stand der Verhandlungen zwischen Berlin und Paris zur Erleichterung des Besatzungsdrucks im Rheinland entgegenzunehmen. Im Anschluß daran folgte eine Debatte über den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ein. Diese Aussprache wird maßgebend sein für die Beschlüsse des Reichskabinetts in dieser Frage. Ob das Kabinett schon in den nächsten Tagen die Abendung des Aufnahmeversuchs nach Genf beschließen wird, steht noch nicht fest. Vor der Märztagung des Völkerverbunds wird die ganze Angelegenheit aber vermutlich erledigt sein.

Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn

Berlin, 3. Febr. Wie mehrere Blätter melden, beschäftigte sich gestern der Vorstand des Gewerkschaftsrings mit dem Lohnkonflikt bei der Reichsbahngesellschaft und beschloß einstimmig, die übrigen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen das Vorgehen der Reichsbahn aufzufordern, falls die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahner und der Reichsbahn zu keiner Einigung führen sollten.

Ablehnung von Tarifierhöhungen der Reichsbahn durch die Reichsregierung

Berlin, 3. Febr. Nach Mitteilungen, die den Zeitungen von zuständiger Seite zugegangen sind, trifft es zu, daß die von der Reichsbahngesellschaft beabsichtigten Tarifierhöhungen von der Reichsregierung abgelehnt worden sind.

Ständeburgs Glückwünsche an die Besatzung der „Bremen“

Berlin, 3. Febr. Der Reichspräsident begrüßte telegraphisch den Kapitän und die Mannschaft des Lloydampfers „Bremen“ zur Rettung der Besatzung des englischen Dampfers „Parisian“ aus schwerer Seenot. Er sprach allen im Namen des Reiches Dank und Anerkennung für treue Pflichterfüllung aus.

Amerikas Kriegsarchive geöffnet

Berlin, 3. Febr. Nach einer Meldung der „B. Z.“ aus Washington hat die Kongressbibliothek im Auftrag des amerikanischen Senats alle verfügbaren Dokumente über den Ursprung und die Ursachen des Weltkrieges zusammengestellt. Der umfangreiche Band, zu dessen Herstellung auch deutsche Quellen benutzt wurden, dürfte dem Senat am Mittwoch zugehen. Dem Blatt zufolge dürfte die Zusammenstellung der Akten und Dokumente genügen, die Behauptung von der deutschen Alleinschuld am Kriege zu widerlegen.

Ein Zwischenfall auf der Sowjetbotschaft in Paris

Paris, 3. Febr. Ein georgischer Staatsangehöriger drang gestern in das Konsulat der Sowjetregierung in Paris ein und schlug einem Konsulatsbeamten mehrmals mit der Faust ins Gesicht. Er wurde verhaftet und erklärte, man habe ihm erzählt, die Georgier würden von den Russen im Gefangenenlager erniedrigend behandelt. Deshalb habe er sich an einem Sowjetbeamten rächen wollen.

Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerverbund

Berlin, 3. Febr. Im Auswärtigen Ausschuh des Reichstages wurde zum Schluß und nach längerer Debatte folgende Antrag mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen:

Nach Entgegennahme der Erklärungen des Reichsaussenministers hat der Auswärtige Ausschuh keine Bedenken dagegen zu erheben, daß die Reichsregierung von der durch Gesetz vom 28. November 1925 erteilten Ermächtigung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund Gebrauch macht und geht über die sonstigen vorgelegten Anträge, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ablehnen oder andere Bedingungen daran knüpfen, zur Tagesordnung über.

Ein deutsch-polnischer Streitfrage vor dem hanger Schiedsgericht.

Haug, 4. Febr. Die erste offizielle Sitzung des Internationalen Gerichtshofs in der deutsch-polnischen Streitfrage wegen der polnischen Verfolgung Enteignung deutschen Eigentums in Oberschlesien ist auf Freitag vormittag anberaumt.



Deutscher Reichstag

Eine Rheinlandkandgebäude

Berlin, 3. Febr.

Präsident Vöbe eröffnete die Sitzung des Reichstages am Mittwoch mit folgender Ansprache, die von den Abgeordneten lebende angetönt wurde:

Der deutsche Reichstag sendet mit dem gesamten deutschen Volk seinen Gruß an den Rhein und beklümmert die Landleute der sogenannten Ersten Zone zu ihrer Befreiung vom Druck fremder Besatzung. Er dankt ihnen für die unwandelbare Treue, mit der sie auch in den schwersten Tagen zur deutschen Heimat blieben, für die Loyalität und die Tapferkeit, mit der sie jedem Druck standhielten (Beifall). Wie wir ihnen oft von diesem Platz aus entsagen aller Drohungen von außen und allen Zweifeln von innen zurück: „Der Tag eurer Befreiung kommt!“, so verbleiben wir heute den Volksgenossen in den übrigen Zonen des Reichs, daß all unser Trachten und unsere Arbeit darauf gerichtet ist, nicht nur ihre Last zu vermindern, sondern auch die Trübsal der Besatzung abzulösen, die mindestens nach den völkerrechtlichen Vereinbarungen ihren Sinn verloren haben. So hoffen wir, daß wir bald den letzten Deutschen am Rhein und an der Saar die gleichen Glückwünsche sagen können, wie heute den Landleuten im nördlichen besetzten Gebiet. (Lebhafter Beifall.)

Dann berät der Reichstag einen von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurf zur Steuerlichen Erleichterung wirtschaftlich notwendiger Betriebszusammenschlüsse.

Der Gesetzentwurf wurde nach kurzer Aussprache dem Steuer- aussschuß überwiesen. Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Vereinfachung des Militärstrafrechtes. Der Ausschuß hat die Strafbestimmungen für Verleumdungen innerhalb des Heeres und Gehorsamsverweigerung verschärft. Ein besonderer Abschnitt verbietet den Zweikampf, sowie jede Mitwirkung an empfindlichen Freiheitsstrafen, sowie Dienstentlassung. Diese Verordnungen wurden vom Abg. Dr. Barth (Dnl.) als unannehmbar bezeichnet. Die Deutschnationalen könnten der Vorlage nur zustimmen, wenn die Dienstentlassungen wesentlich gemildert würden und vor allem die Maßbestimmung der Dienstentlassung wegfiele. Abg. Buchholz (Str.) begrüßte die Vorlage.

Untersuchungsausschuß für Hememorde

Berlin, 3. Febr. Der Hememord-Untersuchungsausschuß des Reichstages hielt seine erste Sitzung ab. Der Vorsitzende richtete an die Mitglieder die Bitte, die politischen Gegensätze möglichst zurückzulassen und sachlich zu verhandeln. Der Vorsitzende betonte weiter die dreifache Aufgabe des Ausschusses: Untersuchung der Hememordorganisationen, der Hememorde und der sonstigen strafbaren Handlungen. Nach längerer Debatte wird folgender Antrag zum Beschluß erhoben: „Der Vorsitzende wird beauftragt, sogleich Beschaffung des Materials mit den Ministerien des Reichs und der Länder in Verbindung zu treten und dem Ausschuß baldmöglichst das herbeigeschaffte Material vorzulegen, insbesondere die Akten über die rechtskräftigen Verurteilungen und eingestellten Verfahren“.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 4. Februar 1926.

Kuntliches. Oberrechnungsrat Raier, Badkassier in Wildberg, wurde seinem Ansuchen entsprechend in den bleibenden Ruhestand versetzt. — Versetzt wurde Steuerassistent Fick bei dem Finanzamt Ulm an das Finanzamt Freudenstadt. — Auf Ansuchen wurde aus dem Reichsfinanzdienst entlassen: Regierungsrat Dr. Haug bei dem Finanzamt Hirsau.

Ein Wüßling oder ein Berrückter? Zwischen Nachbarorten der Umgebung von Altensteig und Ragold treibt sich in den Wäldern seit einigen Tagen ein nackter Mann herum und belästigt weibliche Personen. Es empfiehlt sich beim Antreffen desselben sofort der Landjägermannschaft oder Polizei Kenntnis zu geben.

Die ungünstige Lage des kaufmännischen Stellenmarktes. Die Zahl der Stellenlosen im ganzen Reich dürfte

200 000 überschritten haben, darunter etwa 65 000 weibliche kaufmännische Angestellte. Die Schwierigkeiten, wieder eine kaufmännische Stelle zu erhalten, sind in manchen Orten, selbst für jüngere Kontorangestellte, teilweise auch für Verkäufer, besonders für verheiratete und Ältere, sehr groß. Viele männliche und weibliche Angestellte haben sich daher mit geringen Entlohnungen umgestellt und eine andere Tätigkeit angenommen.

Gartenbaubetriebe und Gebäudebesondersteuer. Die Badische Landwirtschaftskammer schreibt uns: Bei Veranlagung der Gartenbaubetriebe zur Gebäudebesondersteuer ist es vielfach vorgekommen, daß für diese Betriebe ohne weiteres der erhöhte Satz von 10 - 3 je 100 M zur Anrechnung kam. Diese Veranlagung dürfte nicht richtig sein. Der Gartenbau zählt nach gesetzlicher Regelung zur Landwirtschaft, er findet seine Berufsvorbereitung in den Landwirtschaftskammern und ist auch bei verschiedenen Steuern und Abgaben der vergangenen Jahre als zur Landwirtschaft zählend behandelt worden. Der erzeugende Gartenbau zählt zur Landwirtschaft; er muß somit auch im vorliegenden Falle gleich der Landwirtschaft behandelt werden. Diese Auffassung bringt die Badische Landwirtschaftskammer neuerdings in einer Eingabe an die Regierung zum Ausdruck.

Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk. Das deutsche Handwerk hat sich in Karlsruhe ein Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung geschaffen, in welchem wissenschaftliche Untersuchungen zur Frage der rationellen Umstellung der Handwerksbetriebe vorgenommen werden. Angesichts der gesamten Wiederaufbauarbeit der deutschen Wirtschaft verdient das Forschungsinstitut in Karlsruhe wegen seiner Bestrebungen lebhafteste Unterstützung weitest Kreise. Bei der Etatsberatung war dem Reichstag kürzlich empfohlen worden, für das Kuratorium für Wirtschaftlichkeit die Summe von 1,5 Millionen Mark auszuwerfen. Ein Antrag Barths wünschte, daß von diesem Betrag die Summe von 300 000 Mark dem Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk überwiesen werden sollte. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die das Institut für das gesamte Handwerk hat, wird man das Verlangen als durchaus gerechtfertigt ansehen müssen. Leider fand der Antrag mangels genügender Unterstützung keine Annahme. Es ist zu wünschen, daß dem Institut des Handwerks bei anderen Anlässen größeres Entgegenkommen gezeigt wird.

Schonete die Palmfächer. Niemand wird etwas dagegen haben, wenn jemand, der die ganze Woche nicht ins Freie kommt, am Sonntag ein paar Zweige mit heimnimmt. Mit diesem Bedauern steht aber der Naturfreund, daß jetzt schon wieder manche Weidenstöcke durch Abreihen der Palmfächer aufs schändlichste zugerichtet sind. Sowieviel bekannt, sind die Weiden unter geschicklichen Schutz gestellt und es ist verdienstvoll, wenn von Amts- und Schulstufen aus das Nützlich getan wird. Die Palmfächer sind aber nicht nur ein herrlicher Frühlingsschmuck, sondern sie bieten auch den Bienen den für die Ernährung der Brut unentbehrlichen Blütenstaub dar. Die Weiden sind also für die Entwicklung der Bienenvölker höchst wichtig. Es wird gewöhnlich zu wenig gewürdigt, welchen Nutzen die Bienen der Landwirtschaft und Gärtnerei durch die Bestäubung der Obstbäume, Beerensträucher usw. gewähren. Viele Bienen, viel Fruchtanfang. Darum reißt keine Weidenblüten ab!

Erholungsurlaub für Beamte. Der Badische Städtetag ist durch Vermittlung des Deutschen Städtetages beim Reichsministerium des Innern wegen Neuregelung des Erholungsurlaubes für die Beamten vorstellig geworden. Man ist dabei davon ausgegangen, daß die für Reich und Staat geltenden Urlaubszeiten für die Gemeinden im Interesse eines geordneten Dienstbetriebes und im Interesse der geordneten Sparwirtschaft nicht vertreten werden können. Da eine Uebereinstimmung der Urlaubsbestimmung für Reich, Länder und Gemeinden dringend erforderlich ist, hat der Deutsche Städtetag an das Reich einen entsprechenden Antrag gestellt.

Uebersicht über die Auswanderungen in Württemberg. Der Landtag hat das Staatsministerium am 21. Nov. 1925 um Mitteilung einer Uebersicht über die Auswanderung aus Württemberg in den Jahren 1919—1924 erzuht. Das Staatsministerium hat hierauf dem Präsidium des Landtags zwei vom Statistischen Landesamt aufgestellten Uebersichten überreicht. Die eine enthält die Zahlen der Auswanderer, die vom Statistischen Landesamt bei den Auswanderern auf Grund der von ihnen ausgestellten Auslandsreisepässe erhoben und verarbeitet werden. Darnach sind ausgewandert aus Württemberg ab 9. Oktober 1924 204, 1920: 1896, 1921: 1490, 1922: 3118, 1923: 15 450, 1924: 7497. Die zweite Uebersicht enthält die Zahl der Auswanderer nach der beim Statistischen Reichsamt bearbeitenden Reichsstatistik über überseeische Auswanderung. Nach dieser Uebersicht sind ausgewandert 1921: 919, 1922: 2441, 1923: 12 700, 1924: 5061 Württemberger.

Ergebnis der Viehzählung am 1. Dezember. Die in Württemberg am 1. Dezember v. J. vorgenommene Viehzählung hatte laut Mitteilungen des Württ. Sta. Landesamts folgendes vorläufige Ergebnis: Bei den Pferden (ausgenommen Militärpferde) ergab sich ein Gesamtbestand von 110 342 gegen 103 949 im Jahre 1922 und 106 792 im Jahre 1924 und zwar trotz des starken Anwachsens der Kraftfahrzeuge (1. Juli 1923 8134, 1925 17 052). Bei den Pferden ist jenseit der Vorkriegszeit (1912 110 023) überschritten. Die Hauptursache dieser Zunahme ist wohl die vermehrte Pferdehaltung in den bäuerlichen Betrieben. Esel, Maultiere und Maulesel wurden gezählt 362 gegen 308 im Jahre 1924 und 369 im Jahre 1922. Der Rindviehbestand ist von 1 012 598 im Jahre 1924 auf 1 024 731, das sind 12 130 Stück, gleich 1,2 Prozent, gestiegen. Gegen den Höchststand im Jahre 1914 mit 1 158 897 ergibt sich noch immer ein Mangel von 134 166 Stück gleich 11,6 Prozent. Die Zunahme des Rindviehbestandes gegenüber dem Vorjahre wird dem guten Ergebnis der Fütterernte zugeschrieben. Die Fledviehtrahse ist mit 81 Prozent, die Braunviehtrahse mit 13,4 Prozent, die Limburgtrahse mit 1,9 Prozent, sonstige Rassen mit 3,7 Prozent vertreten. Schafe wurden 199 975 Stück gezählt gegen 241 490 im Jahre 1924. Es zeigt sich also ein Rückgang um 41 515 Stück gleich 15,2 Prozent. Der Hauptgrund für diesen Rückgang ist wohl die Unrentabilität der Schafhaltung, weiterhin das Ausbleiben der Lebererkrankung. Die Zahl der Schweine hat von 425 520 im Vorjahre auf 441 338, also um 15 818 Stück gleich 3,7 Prozent sich erhöht, was der quantitativen guten Kartoffelernte des Vorjahres zu verdanken sein dürfte. Gegen den Höchstbestand im Jahre 1913 mit 583 672 Stück bleibt der neue Bestand freilich immer noch um 142 334 Stück gleich 24,4 Prozent zurück. Der Bestand an Ziegen, der während des Krieges nicht unerheblich angewachsen war und alsdann annähernd auf gleichem Stand sich gehalten hatte (1924 147 433 Stück) ist um 17 796 auf 129 637, also um 12,1 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang hängt damit zusammen, daß keine Milchmangel mehr besteht. Der Bestand an Geflügel ist von 3 520 480 im Jahre 1924 auf 3 322 967, also um 197 522 gleich 5,6 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang betrifft alle drei Geflügelarten, Gänse 255 510 (— 48 584), Enten 163 704 (— 16 065), Hühner 2 903 753 (— 132 873). Der Rückgang dürfte zurückzuführen sein auf das Auftreten von Geflügelcholera und Pest sowie auf das starke Angebot von ausländischen Eiern. In Kaninchen wurden gezählt 45 387 gegen 80 988 im Jahre 1922. Der Rückgang beträgt 43,9 Prozent und hat seine Ursache darin, daß Fleisch in genügender Menge zur Verfügung steht. Die Zahl der Bienenstöcke ist von 144 019 im Jahre 1922 auf 90 473, also um 53 546 gleich 37,2 Prozent, zurückgegangen. Die beiden letzten Jahre waren keine guten Honigjahre.

Schramberg, 3. Febr. (Seinen Verletzungen erlegen.) Der Hermesbauer Mathias Sum in Oberwolfach ist seinen schweren Verletzungen, die er bei dem Jagdunfall in der vorigen Woche erlitt, im Wolfacher Krankenhaus erlegen.

Hans und Heinz Kirch.

Erzählung von Theodor Storm.

Als Heinz das zwölfte Jahr erreicht hatte, wurde ihm noch eine Schwester geboren, was der Vater als ein Ereignis aufnahm, das eben nicht zu ändern sei. Heinz war zu einem wilden Jungen ausgewachsen; aber in der Rektorialschule hatte er nur noch wenige über sich. „Der hat Gaden!“ meinte der junge Lehrer, „der könnte hier einmal die Kanyle pieren.“ Aber Hans Kirch lachte: „Barjari, Herr Rektor! Um Geld ist es nicht, aber man sieht doch gleich, daß Sie hier nicht zu Hause sind.“

Gleichwohl ging er noch an demselben Tage zu seinem Nachbarn, dem Pastoren, dessen Garten sich vor dem Hause bis zur Straße hinab erstreckte. Der Pastor empfing den Gekommenen etwas stramm; „Herr Kirch,“ sagte er, „besser noch dieser das Wort zu nehmen vermöchte, „Ihr Junge, der Heinz, hat mir schon wieder einmal die Scherben in meinem Stallgiebel eingebracht!“

„Hat er das?“ erwiderte Hans Kirch. „So muß ich Sie einsehen lassen, und Heinz bekommt den Stock; denn das Spielwerk ist zu teuer.“

Dann, während der andere zustimmend nickte, begann er mit dem, was ihn bewegte, herauszurücken: der Pastor sollte seinen Heinz in die Disziplinstunden aufnehmen, welche er zur Aufbesserung seines etwas schmalen Ehrenlohes einigen Kostgängern und Schülern der Honoratioren zu erteilen pflegte. Als dieser sich nach einigen Tagen bereit erklärte, machte Hans Kirch noch einen Versuch, das Stundengeld herabzubringen; da aber der Pastor nicht darauf zu hören schien, so widersetzte er sich nicht; denn Heinz sollte mehr lernen, als jetzt noch in der Rektorialschule für ihn zu holen war.

Am Abend dieses Tages erhielt Heinz die angebotene Strafe und am Nachmittage des folgenden, als er zwischen den Säulen oben in des Pastors Studierzimmer saß, von

Wohlschärden noch einen scharf geladenen Degen dazu. Rann aber war nach glücklicher verlassener Stunde die unruhige Schar die Treppe hinab und in den Garten hinausströmte, als der erste Mann von hinten unter seinem Fenster ein lautes Wehgeschrei vernahm. „Ich will dich kochen lehren!“ rief eine wütende Knabenstimme, und wiederum erscholl das lärmliche Gekohle. Als aber der Pastor sein Fenster öffnete, sah er unten nur seinen jahrlonden Kostgänger, der ihm am Morgen Heinzens Riffelrat verraten hatte, jetzt in eifriger Beschäftigung, mit seinem Schnupstuch sich das Blut von Mund und Nase abzutrocknen. Daß er selbst an jenem Spielwerk mitgeholfen hatte, fand er freilich sich nicht veranlaßt, zu verraten; aber ebensowenig verriet er jetzt, wer ihm den blutigen Denkwort auf den Weg gegeben hatte.

Der Pastor war des Segens eines Sohnes nicht teilhaftig geworden; nur zwei Töchter besaß er, einige Jahre jünger als Heinz und von nicht altem Aussehen; aber Heinz kümmerte sich nicht um sie, und man hätte glauben können, daß auch er der Hubschregel folge, ein lächerlicher Junge dürfe sich nicht mit Dingen abgeben, wenn in dem Hause, dem Pastorenhaufe gegenüber nicht die kleine Wied gewesen wäre. Ihre Mutter war die Frau eines Matrosen, eine Wäckerin, die ihr Kind launhafter hielt als, selber, ihren Ruf. „Deine Mutter ist auch eine Amphibie!“ hatte einmal ein großer Junge dem Mädchen ins Gesicht geschrien, als eben in der Schule die Lehre von diesen Kreaturen vorgetragen war. „Pui doch, warum?“ hatte entsetzt die kleine Wied gefragt. — „Warum? Weil sie einen Mann zu Wasser und einen zu Lande hat!“ — Der Vergleich hinkte; aber der Junge hatte doch seiner bösen Lust genug getan.

Gleichwohl hielten die Pastorstochter eine Art von Spielkameradschaft mit dem Matrosenkinde; freilich meißt nur für die Verleittung, und wenn die Töchter des Bürgermeisters nicht bei ihnen waren; wenn sie ihre weißen Kleider mit den blauen Schürpen trugen, spielten sie lieber nicht mit der kleinen Wied.

Trafen sie diese dann etwas still und schüchtern vor der Gartenpforte stehen oder hatte gar die jüngste gutmütige Bürgermeistertochter sie hereingelockt, dann sprachen sie wohl zu ihr sehr freundlich, aber auch sehr eilig: „Nicht wäre kleine Wied, du kommst doch mal ... uns in den Garten!“ Im Nachsommer setzten sie ihr wohl auch einen Kessel in die Tasche und sagten: „Wart, wir wollen dir noch einen meißt luden!“ und die kleine Wied schlich dann mit ihren Kesseln ganz begossen aus dem Garten auf die Gasse. Wenn aber Heinz darüber zukam, dann rief er sie ihr wohl wieder fort und warf sie zornig in den Garten zurück, mitten zwischen die gewupien Kinder, daß sie schreiend ins Haus flohen; und wenn dann Wied über die Kessel weinte, wußte er mit seinem Schnupstuch ihr die Thränen ab: „Sei ruhig, Wied; für jeden Kessel hol ich Dir morgen eine ganze Tasse voll aus ihrem Garten!“ — Und sie wußte wohl, er pflegte Wort zu halten.

Wied hatte ein Rabonnengeflügel, wie der kunstliebende Schullehrer einmal gesagt hatte, ein Geflügel, das man nicht gut leiden sehen konnte; aber die kleine Rabonnan ah gleichwohl gern des Pastors rote Kessel, und Heinz lag bei ersten Gelegenheit in die Blume und saß sie ihr. Dann ätzte die kleine Wied; nicht weil sie den Apfelstiel für eine Sünde hielt, sondern weil die größeren Kostgänger des Pastors ihrem Freund dabei mitunter überficken und ihm den Kopf zu bluten schlugen. Wenn aber nach wohlbedachtem Abwarten Heinz ihr hinten nach der Aase grünte hatte, wenn er vor ihr auf dem Boden kniete und seinen Raub in ihre Tüchlein propte, dann lächelte sie ihn ganz glücklich an, und der lästige Raub hob seinen Schlingling mit beiden Armen in die Luft: „Wied, Wiedchen, kleines Wiedchen!“ rief er jubelnd und er schenkte sich mit ihr im Kreise, bis die roten Kessel aus den Taschen flogen.

Fortsetzung folgt.



Letzte Nachrichten.

Neues Verhör der Angeklagten in der Frankenfälschungsangelegenheit.

Budapest, 4. Febr. Die Polizeikommission, die zur Vornahme der ergänzenden Untersuchung bestellt worden ist, fand sich gestern nachmittag im Gefängnisgebäude ein, wo sie den Prinzen Windischgrätz, Radossy und Gerö, sowie die verhafteten Angestellten des Kartographischen Instituts verhörte. Bei dem Verhör waren auch die französischen Beamten zugegen.

Antwort des ungarischen Justizministers auf die Angriffe der Opposition in der Fälschungsangelegenheit.

Budapest, 4. Febr. Justizminister Dr. Pesthy führte gestern in der Nationalversammlung gegenüber der Erklärung Pegers aus: 1. Die Anklageschrift zitiert den Brief des Ministerpräsidenten an den Baron Perenyi nicht wörtlich, sondern sinngemäß und meines Wissens warnt auch der Schlusspassus des Briefes unter Hinweis auf die Folgen den Nationalverband vor solchen Manipulationen. Die Auslegung des Briefwechsels von Seiten der Staatsanwaltschaft ist also keineswegs eine Unwahrheit; 2. Ich weiß nicht, woher der Abgeordnete Peger die Angaben nimmt. Es ist unklar, daß Baron Perenyi dem Ministerpräsidenten eine beruhigende Antwort gegeben hat. Aus den Ergebnissen der Beratungen des Parlamentsausschusses, oder aus den Daten der Strafsache? Falls er seine Daten aus den Verhandlungen des Parlamentsausschusses nimmt, sind sie lückenhaft, denn aus den Daten der Strafsache läßt sich das Entscheidende feststellen; 3. Es läßt sich

auch feststellen, daß sich bisher keinerlei apodiktische Beweise ergeben, als ob die Angeklagten die Straßhandlung aus egoistischen Zwecken begangen hätten. Tatsache ist, daß diese Frage den Gegenstand weiterer Recherchen bildet und daß die Feststellungen der Staatsanwaltschaft gegenwärtig sichhaltig sind. Es mag sein, daß sich die Angelegenheit weiter entwickelt, heute jedoch kann keine andere Feststellung gemacht werden. Die Staatsanwaltschaft mußte die Anklageschrift einreichen, wiewohl sie wußte, daß gewisse Einzelheiten und Nebenumstände noch nicht aufgeklärt sind, da die zur Verfügung stehenden 30 Tage abgelaufen waren. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch Gelegenheit, eine ergänzende Untersuchung zu führen und, falls diese Ergebnisse zeitigt, werden sie in der Hauptverhandlung zur Geltung gebracht werden. Die in der Erklärung Pegers enthaltenen Anschuldigungen sind Insignifikanzen, die auch zum Schutze der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen werden müssen. — Die nächste Sitzung findet heute Donnerstag statt.

Massenentlassungen auf der Zeche „Kaiserstuhl“.

Berlin, 4. Febr. Nach Blättermeldungen hat die dem Eisen- und Stahlwert Höch gehörende Zeche „Kaiserstuhl“ unter dem Druck der schwierigen Wirtschaftslage gegen 1500 Bergleute entlassen, nachdem schon vor etwa 3 Wochen auf den Schachtanlagen I und 2 annähernd 200 Bergleute entlassen worden sind.

Unregelmäßigkeiten bei der Hakenjer Stadtbank.

Berlin, 4. Febr. Aus Halle wird der „Vossischen Ztg.“ berichtet: Eine Revision bei der Stadtbank in Halle hat eine statutenwidrige, also ungelegliche Kreditüberschrei-

tung von mehreren Millionen ergeben, zu deren Deduktion zunächst die Rücklagen des Jahres 1925 verwendet werden müssen. Diese Rücklagen reichen aber zur Deduktion des Defizits nicht aus.

Ein Zwischenfall in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Hamburg, 4. Febr. Gegen Schluß der gestrigen Sitzung kam es bei der Rede des Justizsenators Dr. Rübese zu einem außerordentlich peinlichen Zwischenfall, wie er bisher in der Bürgerschaft noch nicht dagewesen ist. Als Dr. Rübese den Ausdruck „politische Verbrecher“ von Gefangenen in Groden gebrauchte, regten sich die Kommunisten außerordentlich darüber auf. Der Kommunist Jahnte warf dem Senator ein Bündel Aktien an den Kopf und stürzte mit seinen Genossen zur Tribüne, während die Sozialdemokraten und die Demokraten den Redner umringten, um ihn zu schützen. Der Präsident hob die Sitzung auf und verkündete nach Wiedereröffnung der Sitzung, daß auf Beschluß des Ältestenausschusses Jahnte von der Sitzung ausgeschlossen sei. Jahnte verließ darauf den Saal und unter großer Erregung konnte dann in der Beratung fortgeführt werden.

Dr. Seipel in Berlin.

Berlin, 4. Febr. Der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist gestern hier eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich der österreichische Gesandte und der Presseattaché, sowie mehrere Herren vom Komitee des Hilfswerks für katholische Studierende und vom Volksdeutschen Klub eingefunden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Besucht regelmäßig den
Bibelkurs
nachmittags 1/3 Uhr, die
Evangelisationsversammlungen
je abends 8 Uhr
in der Methodisten-Kapelle Altensteig.

Der beliebte und praktische
Pfisters Gartenkalender 1926

Preis 85 Pfg.
worin sämtliche Arbeiten fürs ganze Jahr
für den Gemüse-, Blumen- und Obst-
garten nebst vielen Abbildungen enthalten
sind, ist zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhdlg.
Altensteig.

Egenhausen.

Todes-Anzeige



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und
Bekanntem machen wir die schmerzliche Nach-
richt, daß unsere liebe Mutter, Schwieger- und
Großmutter

Magdalene Günthner

nach langer, schwerer Krankheit im Alter von
52 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Freitag Mittag 1 Uhr.

A. D. J. V.

Die Mitglieder des Allg. Deutschen Jagdschuhvereins
werden auf Sonntag, den 7. Februar, nachm. 2 Uhr
in der Traube in Altensteig zu einer

Versammlung

in der der geschäftsführende Vorstand des Landesvereins
Württemberg sprechen wird, freundlichst eingeladen. Auch
Nichtmitglieder sind hochwillkommen.

J. A.: Köhm, Forstmeister.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenfuche.

In Stammheim D.A. Calw ist die Maul- und
Klauenfuche ausgebrochen. In den 15 km Umkreis
fallen vom D.A. Bezirk Nagold die Gemeinden: Schön-
brunn, Effringen, Rotfelden, Wenden, Wart, Ebershardt,
Ebhäusen, Rindersbach, Pfrondorf, Emmingen, Wildberg,
Sulz und Gältlingen.

Für den 15 km - Umkreis gelten die im Tannenblatt
vom 11. Mai 1925 veröffentlichten Bestimmungen.

Nagold, den 3. Februar 1926.

Oberamt: Dr. Merkt.
Amtmann.

Wildberg D.A. Nagold.



**Laubstammholz-
Verkauf**

Die Stadtgemeinde Wildberg verkauft am Montag,
den 8. Februar 1926 aus den Stadtwaldungen
Gmeindsberg und Kengel:

203 Stück Eichen durchaus schöner Qualität und zwar
5,22 Fm. II. Kl., 11,77 Fm. III. Kl., 28,34 IV. Kl.,
26,92 Fm. V. Kl., 3,87 Fm. VI. Kl.

2 Stück Rothbuchen 0,28 Fm.,

6 Stück Weißbuchen 0,74 Fm.,

8 Stück Birken 1,30 Fm.,

5 Stück Kiepen 0,96 Fm.,

66 Stück eichene und 13 Stück birchene Wagnerkanten.

Zusammenkunft vormittags 10 Uhr beim Rathaus.

Zahlungsbedingungen sind günstig. Auszüge durch die
Stadtpflege. Kaufsliebhaber sind eingeladen.

Stadtschultheißenamt.

Sein



**An-
wesen**

verkauft
Schuhmacher Mohrhardt
Altensteig.

Für Herrschaftshaus nach
Basel

Köchin

gesucht, die selbständig kocht
und 1 Zimmermädchen
welches gut nähen u. bü. ein
kann.

Adresse zu erfragen in der
Exposition des Blattes.

Tinten

aller Art

in vorzüglichen Qualitäten
sowie

Tusche

in den verschied. Farben
empfiehlt die

**W. Rieker'sche Buch-
handlung Altensteig**

Schuhwaren-Räumungsverkauf!



Um wegen Geschäfts-Umbau mein Schuhwaren-
lager zu reduzieren, verkaufe ich vom 8.—20. Februar ver-
schiedene Posten Schuhwaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Darunter befinden sich mehrere Artikel, welche ich weit
unter dem Einkaufspreis absetze.

Johs. Dürrschnabel, Schuhgeschäft

Altensteig, Telefon 14.

Inserieren

steigert den Umsatz!